

1 **Erster Entwurf für ein neues Parteiprogramm**
2 **der Partei DIE LINKE**

3 **I. Präambel**
4
5

6 **II. Krise des Kapitalismus – Krise der Zivilisation**
7
8

9 **III. Linke Alternativen**
10

11 **1. Wer soll entscheiden? Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft**

12 Eine plurale solidarische Wirtschaft verbunden mit umfassender
13 Wirtschaftsdemokratie
14 Starke kommunale Demokratie
15 Wirksame Rechte der Bürgerinnen und Bürger
16

17 **2. Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft? Für einen sozialökologischen Umbau**

18 Übergang von profitorientiertem Wachstum zu nachhaltiger Entwicklung
19 Solidarische Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und
20 Umweltzerstörung
21 Eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse
22

23 **3. Wie wollen wir leben? Für eine neue Solidarität der Freiheit und sozialen Sicherheit**

24 Selbstbestimmtes Leben und gute Arbeit
25 Die solidarische Erneuerung des Sozialstaats
26 Wirksame Gleichstellung
27 Freiheit vor Stigmatisierung und Diskriminierung
28 Bildung und Förderung für alle
29

30 **4. Wie schaffen wir Frieden? Für kollektive und gegenseitige Sicherheit durch**
31 **gemeinsame Entwicklung**

32 Frieden durch kollektive und gegenseitige Sicherheit, Abrüstung und strukturelle
33 Nichtangriffsfähigkeit
34 Solidarische Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung
35 Einsatz für eine soziale, demokratische und friedliche Europäische Union
36 Reform und Stärkung der UNO
37

38
39 **IV. Strategische Aufgaben**
40

41 **Linke Bündnisse**

42 **Auseinandersetzung mit der neoliberalen Hegemonie**
43 **Arbeit in den Parlamenten, Volksvertretungen und Regierungen**
44 **Ein neuer Politikstil**
45 **Europäische und internationale Zusammenarbeit**
46 **Eine gelebte innerparteiliche Demokratie und Solidarität**
47
48

49 **V. Für eine neue Solidarität – Sozialismus im 21. Jahrhundert**

50 **Arbeitsgruppe I**

51 **Erster Entwurf für ein neues Parteiprogramm**
52 **der Partei DIE LINKE**

53 **I. Präambel**

54 Ausgehend von den Traditionen des demokratischen Sozialismus und der sozialen
55 Demokratie, der Kämpfe gegen Faschismus, Imperialismus, Rassismus und Militarismus,

56 der Erfahrung verpflichtet, dass Diktatur, Unterdrückung Andersdenkender und Terror
57 niemals ein Mittel der Befreiung sein können,

58 angesichts kapitalistischer Profitdominanz über Wirtschaft und Gesellschaft, die mit einer
59 sozialen, ökologischen, demokratischen und friedlichen Entwicklung im 21. Jahrhundert
60 unvereinbar ist,

61 im Bewusstsein, dass patriarchale Strukturen Ungleichheit, Ausbeutung, Entfremdung und
62 Aggression hervorbringen,

63 entschlossen, alle Macht- und Eigentumsverhältnisse zu überwinden, in denen Menschen
64 ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden, in denen ihre sozialen und natürlichen
65 Lebensgrundlagen zerstört werden,

66 gewillt, die großen Errungenschaften der Kämpfe für die Verwirklichung der politischen,
67 sozialen und kulturellen Menschenrechte zu bewahren und auszubauen,

68 bestrebt, die neuen Möglichkeiten einer Wissens-, Kommunikations- und Kulturgesellschaft
69 konsequent für eine soziale, demokratische und friedliche Zivilisation und für eine
70 lebenswerte Umwelt einzusetzen,

71 gemeinsam mit gewerkschaftlichen Kräften, sozialen Bewegungen, mit anderen linken
72 Parteien, mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, Europa und weltweit auf der Suche
73 nach Alternativen zu Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Krieg und
74 Völkermord,

75 mit dem Ziel eines grundlegenden Richtungswechsels der Politik, der eine über den
76 Kapitalismus hinausweisende Transformation hin zu einer solidarischen Gesellschaft einleitet,

77 überzeugt, dass eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entstehen kann, in der die
78 Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen
79 Entwicklung Aller wird,

80 zusammengeschlossen zu einer politischen Kraft, wie es sie in Deutschland seit 1914 nicht
81 gegeben hat – Linke einigend, für Freiheit und Gleichheit stehend, konsequent für Frieden
82 kämpfend, demokratisch und sozial, ökologisch und feministisch, offen und plural, streitbar
83 und tolerant,

84 geben sich die Mitglieder der Partei DIE LINKE dieses Programm.

85 **II. Krise des Kapitalismus – Krise der Zivilisation**

86 Die Geschichte der letzten Jahrhunderte ist durch einen tiefen Widerspruch gekennzeichnet:
87 Sie ist eine Epoche großer Kämpfe für Emanzipation und Solidarität. Und sie ist eine Epoche
88 von Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Umweltzerstörung.

89 Seit 250 Jahren entwickelten sich emanzipatorische und solidarische Bewegungen der
90 Aufklärung, der Arbeiter, der Frauen, für Frieden, gegen Kolonialismus, für Umweltschutz. Es
91 ging um Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und individuelle Rechte, gegen die Zerstörung der
92 Natur, gegen Sklaverei und Rassismus. In immer mehr Ländern wurden Fortschritte bei der
93 Bildung, Gesundheitsvorsorge und der Steigerung des Wohlstandes errungen.
94 Handlungsfähige soziale und demokratische Kräfte, wissenschaftlich-technische
95 Innovationen, der Sozialstaat, gesellschaftliche Umverteilung waren dafür wesentliche
96 Voraussetzungen.

97 Zugleich ist es die Geschichte von kolonialer Eroberung und Ausplünderung, moderner
98 Sklaverei und extremer Ausbeutung. Es ist eine Geschichte von Weltkriegen und von
99 Bürgerkriegen, eine Geschichte, die den Einsatz von Massenvernichtungswaffen, Völkermord,
100 totalitäre Diktaturen und eine fortschreitende Umweltzerstörung hervorbrachte.

101 Während das globale Sozialprodukt wächst, leben Milliarden Menschen in Elend. Ihre
102 Lebensgrundlagen werden durch Raubbau und Klimawandel, durch Spekulation mit Nahrung
103 und Energie sowie durch Armut und Gewalt vernichtet. Den innovativen Potentialen einer
104 unternehmerischen Wirtschaftsweise stehen die Folgen ungehemmter Kapitalverwertung und
105 die Vormacht des Profits gegenüber. Dieser Konflikt kann nicht mehr durch weiteres
106 Wachstum und eine partielle Umverteilung der damit verbundenen Gewinne gelöst werden.
107 Die Profitdominanz selbst steht der Lösung existentieller Probleme der Menschheit entgegen.
108 Der Kapitalismus hat sich überlebt.

109 Die kommunistischen Revolutionen in Russland und China, der Aufbau einer
110 nichtkapitalistischen alternativen Gesellschaft in vielen Ländern Europas, Asiens, Afrikas und
111 Lateinamerikas wollten mit dieser Widersprüchlichkeit moderner kapitalistischer Geschichte
112 brechen und Volkseigentum und Volksdemokratie miteinander verbinden. Vielfach
113 entstanden Zentralverwaltungswirtschaft und Parteidiktatur. Sie erwiesen sich jedoch als
114 untaugliche Mittel und führten in eine historische Sackgasse. Unkontrollierte Macht mündete
115 in einigen Ländern in Massenterror. Der Bruch mit dem Stalinismus als System ist für DIE
116 LINKE unwiderruflich. Ohne Demokratie gibt es keinen Sozialismus.

117 Nach 1945 setzten sich Millionen Menschen in Ostdeutschland dafür ein, durch den Aufbau
118 einer besseren Gesellschaftsordnung und eines friedliebenden Deutschlands die Ursachen
119 des Faschismus für immer zu beseitigen. Zu ihren Erfahrungen zählen die Beseitigung von
120 Arbeitslosigkeit, weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales
121 Sicherungssystem und die Verbesserung von Bildungschancen, neue Rechte für Frauen und
122 Jugendliche. Doch diese Errungenschaften waren eingebunden in einen vormundschaftlichen
123 Staat. Neue emanzipative Bewegungen wurden unterdrückt oder an den Rand gedrängt. Die
124 Umweltzerstörung nahm immer größere Ausmaße an.

125 Die große Krise des Kapitalismus im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, Faschismus,
126 Nationalsozialismus und Weltkrieg sowie die Herausforderung durch den sowjetischen
127 Staatssozialismus hatten die Kräfteverhältnisse in der Welt nach 1945 grundlegend
128 verschoben. In den kapitalistischen Metropolen kam es zum sozialstaatlichen Kompromiss.
129 Die Teilhabe der Arbeiterklasse und der Angestellten am Wohlstand wuchs sprunghaft,
130 solange schnelle Produktivitätsfortschritte und hohe Wachstumsraten die Profite der großen
131 Unternehmen stabilisierten und solange die gewerkschaftlichen und demokratischen
132 Gegenmächte stark waren. Frauen blieben jedoch vielfach diskriminiert und überwiegend
133 abhängig vom männlichen Familienernährer. Fast alle Kolonien erlangten ihre

134 Unabhängigkeit. In Vietnam, Algerien und anderen Ländern verloren die imperialistischen
135 Staaten Kriege.

136 Die Kämpfe vieler fortschrittlicher Kräfte und reformorientierter Gruppen brachten in den
137 1960er und frühen 1970er Jahren Kapitalismus und Staatssozialismus an den Rand
138 grundlegender Umwälzungen. Die Bedürfnisse nach individueller Emanzipation verbanden
139 sich mit der Forderung, die Dominanz großer Konzerne und staatlicher Bürokratien durch
140 radikale Reformen zu überwinden. Der wachsenden Umweltzerstörung in allen Ländern sollte
141 Widerstand entgegen gesetzt werden.

142 1968 wurde zum Fanal einer globalen Herrschaftskrise. Die stürmischen Bewegungen in
143 Paris, der Prager Frühling und die vietnamesische Thet-Offensive markierten einen
144 dreifachen Angriff auf Kapitalismus, kommunistische Parteidiktatur und imperialistische
145 Vorherrschaft. Veränderungen im Norden sollten mit der Beendigung neokolonialer und
146 imperialistischer Abhängigkeit vereint werden. Antirassistische Bürgerbewegungen formierten
147 sich. Die Forderung „Mehr Demokratie wagen“, der Respekt vor den Opfern des deutschen
148 Faschismus und der Einsatz für eine neue internationale Solidarität standen für diese Politik.
149 Die Gewerkschaften – als wichtigste Kraft des Kampfes für soziale Gerechtigkeit – setzten
150 Wirtschaftsdemokratie und die Verkürzung der Arbeitszeit auf die Tagesordnung. Der
151 Widerstand gegen Aufrüstung, Notstandsgesetze und Berufsverbote sowie später gegen die
152 neue Welle von Hochrüstung, die Atomkraft und Umweltzerstörung prägte die westdeutsche
153 Linke. Es entstand eine neue Frauenbewegung.

154 Die Perspektiven von Wirtschaftsdemokratie und demokratischem Sozialismus scheiterten an
155 einer konservativen Restauration. Der Prager Frühling wurde durch den Einmarsch der
156 Truppen des Warschauer Vertrages gewaltsam unterdrückt. Es begann die
157 Niedergangsphase des Staatssozialismus.

158 In Chile stürzte 1973 der Militärputsch von Pinochet die Allende-Regierung der Volksfront.
159 Die neoliberale Politik von Thatcher und Reagan leitete eine globale Wende ein. Die
160 herrschenden Kreise entfesselten erneut den Kapitalismus und setzten die Vorherrschaft
161 eines global deregulierten Finanzkapitals durch. Die Schwächung der Gewerkschaften und
162 der Abbau sozialer Schutzrechte gingen Hand in Hand. Viele Entwicklungsländer wurden in
163 eine Schuldenfalle getrieben und neoliberalen Stabilisierungsmaßnahmen ausgeliefert. Das
164 emanzipatorische Erbe der neuen sozialen Bewegungen für mehr Selbstbestimmung und
165 persönliche Verwirklichung wurde in die Vision einer neoliberalen Marktgesellschaft
166 pervertiert, in der jede und jeder nur noch Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und
167 Daseinsvorsorge ist. Die Produktivkräfte globaler Information und Kommunikation wurden
168 weitgehend der Kapitalverwertung ausgeliefert. Es begann eine neue Welle rücksichtslosen
169 Wachstums.

170 Zwischen 1989 und 1991 brachen die staatssozialistischen Gesellschaften in Europa
171 zusammen. Machtvolle Demonstrationen wandten sich gegen die kommunistischen
172 Parteidiktaturen. Das Neue Denken und die Ansätze der Bürgerrechtsbewegungen konnten
173 nicht genutzt werden, den Zusammenbruch des europäischen Staatssozialismus mit einem
174 neuen, über den Kapitalismus hinausweisenden Aufbruch zu verbinden. Die Bürgerbewegung
175 der DDR und Reformkräfte innerhalb der SED setzten sich im Herbst 1989 für einen
176 reformierten Sozialismus ein – friedlich, demokratisch, sozial und ökologisch. Als diese
177 Option scheiterte, wollten viele die sozialen und kulturellen Errungenschaften der DDR mit
178 einer radikal-demokratischen und sozialen Reform eines neuen Deutschlands verbinden. Aus
179 dem demokratischen Aufbruch im Osten wurde aber ein Beitritt. Die Vereinigung
180 konservierte überholte Strukturen der Bundesrepublik. Der Gewinn individueller Freiheiten,
181 modernisierter Infrastruktur, höherer Konsumtion und internationaler Öffnung war für viele
182 Menschen mit einem schmerzlichen sozialen Verlust verbunden. Die Folgeprobleme dieses
183 Beitritts dienten der Legitimation verschärfter neoliberaler Angriffe.

184 Die Herrschenden in den USA und ihre Verbündeten nutzten die Situation, um ihr Konzept

185 eines neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus global durchzusetzen. Das allgemeine Prinzip
186 des Kapitals, dass der Profit alleiniger Zweck des Wirtschaftens ist, wurde auf die Spitze
187 getrieben. Finanzanleger und Fonds ohne Bindung an konkrete Unternehmen, Betriebe und
188 Regionen begannen, die Weltwirtschaft zu beherrschen. Privatisierung, Deregulierung,
189 Umverteilung von unten nach oben und von öffentlich zu privat wurden Vorgaben der
190 herrschenden Politik. Der 2001 proklamierte sogenannte Krieg gegen den Terror sollte die
191 imperiale Dominanz der USA legitimieren und die Expansion des entfesselten Finanzmarkt-
192 Kapitalismus militärisch absichern.

193 Dieser neoliberale Kapitalismus ist heute in der Krise und beschwor zugleich eine Krise der
194 Zivilisation herauf. Die Unterordnung von Wirtschaft und Gesellschaft unter die
195 Kapitalverwertung bedroht die Existenz der menschlichen Zivilisation. Das 21. Jahrhundert
196 wird das Jahrhundert einer über den Kapitalismus hinausführenden Transformation sein oder
197 in einer zivilisatorischen Katastrophe münden.

198 Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat die Elemente einer vierfachen Krise aufgehäuft. Sie
199 betreffen die Fragen von Macht und Eigentum, das Verhältnis von Natur und Gesellschaft,
200 die Produktions- und Lebensweise und die Fragen von Sicherheit und Entwicklung.

201 **Erstens:** Es zeichnet sich eine *Krise der kapitalistischen Regulationsweise und der*
202 *Demokratie* ab. Die globalen Herrschaftseliten haben sich als unfähig erwiesen, im Interesse
203 der großen Mehrheit der Weltbevölkerung zu entscheiden und die Richtung der globalen
204 Entwicklung sozial und ökologisch zu verändern. Die Staaten und die Weltgesellschaft
205 bleiben Geisel der Vermögensbesitzer und Spekulanten. Standortkonkurrenz und der Kampf
206 um knappe Ressourcen liefern ganze Kontinente und große Teile der erwerbstätigen
207 Bevölkerung einem hemmungslosen Unterbietungswettbewerb, dem Sozialabbau und der
208 Ausplünderung aus. Die erkämpfte Demokratie, die eroberten individuellen Freiheiten und
209 die sozialstaatlichen Fortschritte werden durch die Vorherrschaft einer globalen Oligarchie
210 untergraben. Tiefgreifende Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und der
211 Ausbau des Öffentlichen sind unsere Alternativen.

212 **Zweitens:** Es ist zu einer *Krise der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, einer Krise*
213 *der Reproduktion* gekommen. In vielen Ländern ist nicht einmal die Ernährung der
214 Bevölkerung gesichert. Die heutigen Gesellschaften zehren von der Substanz. Die drohende
215 Klimakatastrophe, die schnelle Erschöpfung vieler natürlicher Rohstoffe und die
216 beschleunigte Vernichtung der biologischen Vielfalt einerseits und die Spaltung der
217 Gesellschaften in Gewinner und Verlierer einer neoliberalen Globalisierung, in ausufernden
218 Luxuskonsum und wachsenden Hunger andererseits sind zwei Seiten einer Medaille. Die
219 Menschen sind von Klimaerwärmung und sozialer Kälte bedroht. Die soziale und die
220 ökologische Frage können nur gemeinsam gelöst werden. DIE LINKE setzt sich für eine
221 sozialökologische Transformation ein.

222 **Drittens:** Es ist eine *Krise des sozialen Zusammenhalts, eine Integrationskrise* erkennbar,
223 die eng mit einer Sinnkrise verbunden ist. Die herrschenden Klassen erhöhen rücksichtslos
224 ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum. Sie privatisieren Gewinne. Verluste soll die
225 Gemeinschaft tragen. Immer mehr Menschen werden in extreme Unsicherheit und
226 wachsende Armut gezwungen. Angst vor sozialem Absturz prägt das Leben großer Teile der
227 Bevölkerung – darunter in zunehmendem Maß auch hoch qualifizierter Arbeitskräfte.
228 Während viele im Arbeitsprozess kreativ herausgefordert sind, werden andere gezwungen,
229 auch die unsinnigste Arbeit zu jedem Preis anzunehmen. Die Entfremdung in Arbeit und im
230 Leben hat extreme Züge angenommen. Das Bildungssystem trägt zur sozialen und
231 kulturellen Spaltung der Gesellschaft bei. In vielen Ländern nehmen Rassismus und
232 Faschismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit zu. Migrantinnen und Migranten sind von
233 menschenrechtswidrigen Abschiebungen bedroht. Repressive Elemente in der Innenpolitik
234 werden ausgeweitet. Unsere Alternative ist eine Politik neuer Solidarität auf der Grundlage
235 von sozialer Sicherheit und individueller Selbstbestimmung.

236 **Viertens:** Wir sind mit einer *Sicherheitskrise* konfrontiert. Die USA und ihre Verbündeten
237 begannen völkerrechtswidrige Angriffskriege und eine neue Runde der Hochrüstung. Das
238 globale Netz von ausländischen Militärstützpunkten wurde ausgebaut. Armut,
239 Hoffnungslosigkeit, Ressourcenkonkurrenz, Trinkwassermangel und Umwelterstörung sowie
240 Staatenzerfall haben viele neue Konflikte hervorgebracht. Religiös-fundamentalistischer
241 Terror ist die menschenfeindliche Reaktion auf ebenso menschenfeindliche Formen des
242 Terrors globaler Herrschaftseliten. In vielen Ländern führen gesellschaftliche Spaltung und
243 Perspektivlosigkeit zu sozialen Problemen, ausufernder Gewalt und Kriminalität. DIE LINKE
244 setzt dem alternative Politikansätze der kollektiven und gegenseitigen Sicherheit entgegen.

245 Die Europäische Union in ihrer heutigen Form ist Ausdruck dieser vierfachen Krise. Zum
246 einen wird versucht, die Gemeinschaft zu demokratisieren, die Grundrechte zu festigen, die
247 soziale und ökologische Orientierung auszuprägen, sie als eine Union der friedlichen
248 Konfliktbeilegung und der Offenheit weiterzuentwickeln. Zum anderen aber wird durch die
249 europäische Union die Konkurrenz verschärft, Privatisierung vorangetrieben, Steuerdumping
250 gefördert und militärisch aufgerüstet. Dies gefährdet das Projekt der Europäischen Union
251 und entzieht ihm die Unterstützung großer Teile der Bevölkerung.

252 Das exportorientierte Modell der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hat die
253 Widersprüche in der Union verschärft und die Grundlagen des Sozialstaats untergraben. Der
254 Sektor hochqualifizierter Dienstleistungen ist zurückgeblieben. Die politisch geförderte
255 Lohndrückerei hat das Exportwachstum begünstigt und die Binnennachfrage nachhaltig
256 geschwächt. Schwache Wirtschaftsentwicklung und Steuersenkungen für Unternehmen und
257 Reiche haben die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte verschärft. Privatisierung,
258 Lohndumping und Kürzung sozialer und kultureller Ausgaben wurden vorangetrieben.

259 Es ist eine Entscheidungssituation herangereift: Entweder gelingt es, eine soziale,
260 ökologische, demokratische und friedensfördernde Umgestaltung einzuleiten oder die Krise
261 des Finanzmarkt-Kapitalismus verschärft die Not in großen Teilen der Welt und bedroht die
262 gesamte menschliche Zivilisation. **Der Widerspruch zwischen Emanzipation und
263 Kapitalismus muss durch Überwindung der Profitdominanz gelöst werden. Es
264 steht die Transformation zu einer solidarischen Gesellschaft auf der
265 Tagesordnung, in der jede und jeder den gleichen Zugang zu den Grundgütern
266 eines freien Lebens hat – zu einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus.**

267 **III. Linke Alternativen**

268 Die alltäglichen Fragen eines selbstbestimmten Lebens, gerechter Einkommen, sinnvoller und
269 guter Arbeit, einer behüteten Kindheit, guter Bildung, Gesundheitsvorsorge und Pflege
270 verbinden sich heute mit vier Grundfragen der Gesellschaft: Wer soll über die
271 gesellschaftliche Entwicklung entscheiden? Wie erhalten wir Natur und sozialen
272 Zusammenhalt? Wie wollen wir leben? Wie schaffen wir Frieden? DIE LINKE antwortet
273 darauf mit dem Kampf

- 274 **erstens** für Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft,
- 275 **zweitens** für einen grundsätzlichen sozialökologischen Umbau,
- 276 **drittens** für eine neue Solidarität der Freiheit und sozialen Sicherheit und
- 277 **viertens** für eine friedliche Politik gemeinsamer Entwicklung.

278 **1. Wer soll entscheiden? Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft**

279 Die Herrschaftskrise des globalen neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus beweist: Die
280 Demokratie hat nur Bestand, wenn nicht länger die Interessen jener regieren, die die
281 Verantwortung tragen für die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Zerstörung von natürlichen
282 Lebensbedingungen, des Klimas und der Artenvielfalt, für Kriege und den Hunger von mehr

283 als einer Milliarde Menschen. Die Bundesrepublik Deutschland bedarf der Erneuerung als
284 demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Deshalb muss die repräsentative parlamentarische
285 Demokratie durch direkte Demokratie erweitert werden. Der Volksentscheid soll dafür ein
286 wichtiges Mittel werden. Die Entwicklung des Öffentlichen und einer starken demokratischen
287 Öffentlichkeit sind unsere Antwort auf neoliberale Privatisierung und einen autoritären
288 Sicherheitsstaat. DIE LINKE schlägt drei Wege der Demokratisierung vor: • eine plurale
289 solidarische Wirtschaft verbunden mit umfassender Wirtschaftsdemokratie, • starke
290 kommunale Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement • wirksame Rechte der
291 Bürgerinnen und Bürger.

292 **Eine plurale solidarische Wirtschaft verbunden mit umfassender** 293 **Wirtschaftsdemokratie**

294 Die Gestaltung der Eigentumsverhältnisse ist eine Grundfrage der sozialistischen Bewegung.
295 Die Überwindung der Profitdominanz verlangt die Demokratisierung aller wichtigen
296 gesellschaftlichen Prozesse. Das Eigentum an den Produktionsmitteln soll vor allem den
297 Interessen der Allgemeinheit dienen. Dazu wollen wir Verfügung sozialisieren, indem alle, die
298 von den Folgen wirtschaftlicher Macht betroffen sind, wirksame Mitbestimmungsrechte
299 erhalten. Die Entscheidungen darüber, welche Form des Eigentums für welche
300 gesellschaftlichen Aufgaben geeignet ist und wie volkswirtschaftliche und regionale
301 Entwicklung gestaltet werden soll, gehört in die Hände der Bürgerinnen und Bürger und der
302 durch sie legitimierten Vertretungen.

303 DIE LINKE fordert, dass die Tätigkeit der Unternehmen an verbindlichen sozialen und
304 ökologischen Zielen ausgerichtet wird, die der demokratischen Mitwirkung und Kontrolle
305 unterliegen. Wirtschaftliche Entscheidungen, die die Entwicklung von Kommunen, Regionen
306 und Branchen betreffen, sollen daran gemessen werden, ob sie die Lage der ärmeren
307 Gruppen der Gesellschaft verbessern, Geschlechtergerechtigkeit fördern und spürbar zur
308 ökologischen Wende beitragen. DIE LINKE tritt für die Ergänzung der Parlamente durch
309 Runde Tische oder Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen ein. In solchen Gremien
310 sollten Gewerkschaften, Kommunen, Verbraucherinnen und Verbraucher, soziale und
311 ökologische Bewegungen und andere vertreten sein. Sie können im Dialog erarbeiten, was
312 für die verschiedenen Aufgabenbereiche jeweils als orientierendes allgemeines Interesse
313 gelten soll und gesellschaftlich zur Geltung zu bringen ist. Diese Runden Tische oder Räte
314 sollen die Möglichkeit haben, sozial und ökologisch schädliche Vorhaben zu stoppen.

315 In einer solidarischen Wirtschaftsordnung, wie DIE LINKE sie anstrebt, haben verschiedene
316 Eigentumsformen Platz, die sozial und ökologisch nachhaltig und effizient die Grundgüter
317 eines freien Lebens jeder und jedes Einzelnen in einem solidarischen Miteinander erzeugen
318 und innovativ auf neue Herausforderungen reagieren: staatliche und kommunale, öffentliche
319 und private, genossenschaftliche und andere Formen des Eigentums. DIE LINKE will eine
320 Stärkung der öffentlichen Sektoren und der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie öffentlich
321 geförderte Beschäftigung durchsetzen.

322 Die Unterwerfung der Finanzmärkte unter strenge internationale Kontrolle und Regeln, das
323 Verbot destabilisierender „Finanzprodukte“ und Praktiken und die Bildung öffentlicher
324 europäischer Rating-Agenturen sind unabdingbar. Wir treten für ein Banksystem ein, in dem
325 Sparkassen, Genossenschaftsbanken und staatliche Banken die zentrale Rolle spielen.
326 Managergehälter müssen begrenzt werden (maximal das Zwanzigfache des untersten Lohns
327 im Unternehmen). Spekulationsgeschäfte sollen stark eingeschränkt und besteuert werden.
328 Währungsspekulationen soll durch die Einführung von Zielzonen für die Bewegung der
329 Wechselkurse und durch eine Finanztransaktionssteuer entgegengewirkt werden. Eine
330 veränderte europäische Zentralbank- und Steuerpolitik soll diesen Zielen dienen.

331 DIE LINKE unterstützt die Rekommunalisierung von privatisierten Kommunalunternehmen.
332 Öffentliche Unternehmen müssen sich an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger

333 orientieren und über die effektive und sparsame Nutzung des öffentlichen Eigentums
334 Rechenschaft ablegen. Die Vergabe öffentlicher Mittel will DIE LINKE an Mitsprache- und
335 Eigentumsrechte sowie die Einhaltung gewerkschaftlich ausgehandelter Tarifverträge binden.

336 Wirtschaftsdemokratie erfordert die Beteiligung von abhängig Beschäftigten und der
337 Gewerkschaften an wesentlichen Entscheidungen der Unternehmen. Formen des
338 Belegschaftseigentums sollen gestärkt werden. Die paritätische Mitbestimmung der
339 Lohnabhängigen soll auf alle privaten, öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen
340 mit mehr als 100 Beschäftigten ausgeweitet werden. DIE LINKE engagiert sich für die
341 Abschaffung des Antistreikparagrafen. Das Streikrecht wollen wir ausweiten auf den Kampf
342 gegen Übernahmen und Verlagerungen von Unternehmen und das Recht auf politischen
343 Streik durchsetzen. Der strukturelle Umbau ist durch eine gestaltende öffentliche Politik zu
344 begleiten, um Massenarbeitslosigkeit zu verhindern.

345

346 **Starke kommunale Demokratie**

347 Die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, über ihr eigenes Leben selbst zu bestimmen, hängt
348 in hohem Maße von den Kommunen ab. Dort werden wichtige Fragen des Alltags wie auch
349 der Zukunft der Gesellschaft entschieden. DIE LINKE engagiert sich deshalb für die Stärkung
350 kommunaler Selbstverwaltung, für starkes kommunales Eigentum und eine leistungsfähige
351 Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge für Bildung, Gesundheit, Betreuung und Kultur,
352 für Mobilität, Wasser und Energie. Notwendige Voraussetzung für lokale demokratische
353 Entscheidungsspielräume ist eine angemessene finanzielle Ausstattung der kommunalen
354 Haushalte durch einen höheren Anteil am Gesamtsteueraufkommen der Bundesrepublik, DIE
355 LINKE wirkt für eine partizipative Haushaltspolitik, für Bürgerhaushalte als wichtige Form der
356 kommunalen Demokratie. Unsere Vision sind solidarische Bürgerkommunen, in denen die
357 Menschen ihre Angelegenheiten selbst entscheiden und gestalten und die soziale und
358 ökologische Umgestaltung ihrer Gemeinschaften eigenständig in die Hand nehmen.

359 Die zivilgesellschaftliche Selbstverwaltung ist ein wichtiges Feld für demokratische
360 Mitbestimmung. Sie festigt den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden.
361 Vereine, Verbände und Initiativen ermöglichen vielen Bürgerinnen und Bürgern,
362 Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben in vielfältigen Bereichen zu übernehmen. DIE
363 LINKE setzt sich deshalb für die Übertragung gesellschaftlicher Aufgaben an
364 zivilgesellschaftliche Akteure ein. Sie fordert Transparenz und öffentliche Kontrolle, um die
365 Einhaltung sozialer und ökologischer Standards sichern. Voraussetzung sind die
366 demokratische Legitimation und eine ausreichende Finanzierung der übertragenen Aufgaben.

367 Die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland
368 soll gewährleistet werden. Den regionalen solidarischen Ausgleich in Deutschland und in der
369 Europäischen Union wollen wir stärken. Dafür bedarf es auch künftig eines gerechten und
370 solidarischen Länderfinanzausgleichs in Deutschland und Europa.

371 **Wirksame Rechte der Bürgerinnen und Bürger**

372 DIE LINKE versteht sich als sozialistische Bürgerrechtspartei. Gegen den Abbau von
373 Bürgerrechten und den Ausbau eines Überwachungsstaates setzt DIE LINKE das
374 Engagement für die Stärkung der individuellen Rechte einschließlich der Selbstbestimmung
375 über persönliche Daten. Das Internet ist ein öffentliches Gut und muss vor Privatisierung,
376 Datenmissbrauch und restriktiven staatlichen Eingriffen geschützt werden.

377 DIE LINKE fordert gleiche politische, soziale und individuelle Freiheitsrechte für alle in
378 Deutschland und in der Europäischen Union Lebenden. Sie wendet sich gegen die Spaltung
379 der Gesellschaft in Menschen mit vollen Staatsbürgerrechten und Migrantinnen und

380 Migranten mit minderem Rechtsstatus. Das Asylrecht muss als Individualrecht auf Asyl
381 garantiert sein. Desertion und Kriegsdienstverweigerung, geschlechtsspezifische
382 Fluchtgründe, die Einschränkung sexueller Selbstbestimmung und die Zerstörung natürlicher
383 Lebensbedingung müssen als Asylgründe anerkannt werden. DIE LINKE kämpft gegen die
384 Illegalisierung von Flüchtlingen, gegen Abschiebungen und andere Formen der
385 Diskriminierung und Benachteiligung.

386 DIE LINKE fordert, Parteispenden von Unternehmen, Unternehmerverbänden, Banken und
387 Versicherungen gesetzlich zu verbieten und zu regeln, dass Parlamentsabgeordnete während
388 der Ausübung ihres Mandats nicht auf der Gehalts- oder Zuwendungsliste von Unternehmen
389 und Wirtschaftsverbänden stehen.

390 DIE LINKE tritt für die demokratische Kontrolle der staatlichen Sicherheitsorgane und
391 Geheimdienste und für eine strikte Trennung von Polizei, Bundeswehr und Geheimdiensten
392 ein.

393 Die antifaschistische Praxis der LINKEN ist dem Schwur von Buchenwald verpflichtet: durch
394 die radikale Auseinandersetzung mit allen Formen des Rechtsextremismus und durch den
395 Kampf um eine gerechte, freiheitliche und friedliche Welt. Sie fordert die politische und
396 strafrechtliche Bekämpfung des Neofaschismus, Rechtsextremismus und Rassismus und
397 wirkt für ein Verbot aller neofaschistischen Organisationen. Jeglicher Form von
398 Geschichtsrevisionismus tritt sie entschieden entgegen. DIE LINKE steht für die Stärkung
399 antirassistischer und antifaschistischer Bildungsarbeit und fordert eine bessere öffentliche
400 Unterstützung dieser Initiativen.

401 **2. Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft? Für einen** 402 **sozialökologischen Umbau**

403 Die Existenzgrundlagen wachsender Teile der Weltbevölkerung sind durch Armut und
404 Unterentwicklung sowie durch die Zerstörung physischer und sozialer Sicherheit bedroht. Der
405 gesellschaftliche Umbau muss deshalb sozial und ökologisch zugleich sein. Gesellschaftlich
406 nützliche Tätigkeit verlangt eine Neubewertung. Sie misst sich nicht am Bruttosozialprodukt,
407 sondern am Beitrag für eine nachhaltige, menschliche und solidarische Entwicklung. DIE
408 LINKE tritt für drei zentrale Projekte eines solchen sozialökologischen Umbaus ein: •
409 Übergang von profitorientiertem Wachstum zu nachhaltiger Entwicklung, • solidarische
410 Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung sowie •
411 grundlegende Veränderung der Verhältnisse.

412 **Übergang von profitorientiertem Wachstum zu nachhaltiger Entwicklung**

413 Die Nutzung erneuerbarer Energien und eine radikale Steigerung der Energie- und
414 Ressourceneffizienz sind Kern eines ökologischen Umbaus. Für eine sozial und ökologisch
415 nachhaltige Entwicklung kommt der drastischen Reduzierung von Stoff- und
416 Energieumsätzen in Deutschland auf zehn Prozent des jetzigen Niveaus bis 2050 absolute
417 Priorität zu. Die Europäische Union sollte international eine ökologische Vorreiterrolle
418 übernehmen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, ohne jede Vorbedingungen bis zum Jahr 2020
419 die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland gegenüber 1990 zu halbieren und auf ihre
420 Senkung um mindestens 90 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts hinzuwirken. Mittelfristig
421 muss in Deutschland der gesamte Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen ohne Atomkraft
422 und Kohleverstromung gedeckt werden. Investitionen in material- und energiesparende
423 Technologien sind Schlüsselfragen nachhaltiger Entwicklung.

424 Der Ausbau im Bereich der Umwelttechnologien muss durch eine schnelle Konversion der
425 ressourcen- und energieintensiven Bereiche begleitet werden. Über Arbeitszeitverkürzung,
426 berufliche Weiterbildung sowie über die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder soll

427 sinnvolle, existenzsichernde und ökologisch verantwortbare Erwerbsarbeit ermöglicht
428 werden. DIE LINKE strebt einen unentgeltlichen Nahverkehr an. Die Verlagerung eines
429 größeren Verkehrsanteils von der Straße auf die Schiene bleibt eine wichtige Aufgabe. Der
430 Flugverkehr wie auch der Ferngüterverkehr auf Land und See sind drastisch einzuschränken.
431 Globalisierung des Wissens, Regionalisierung der ressourcen- und energieintensiven
432 Produktion und die Entwicklung von Kommunen mit kurzen Arbeits- und Versorgungswegen
433 sind Eckpunkte unseres sozialökologischen Umbauprojekts.

434 Zur langfristigen Förderung des sozialökologischen Strukturwandels bedarf es einer daran
435 orientierten Wissenschaftsentwicklung, einer ausgebauten öffentlichen Daseinsvorsorge in
436 Bildung und Gesundheit sowie einer ökologisch ausgerichteten Verkehrsinfrastruktur. DIE
437 LINKE fordert öffentliche Zukunftsinvestitionsprogramme, die mit jährlich mindestens 100
438 Milliarden Euro diese Vorhaben finanzieren. Sie sollten durch günstige Kredite für innovative
439 kleine und mittlere Unternehmen ergänzt werden. Die Krise neoliberaler
440 Deregulierungspolitik muss mit einem neuen Anspruch langfristiger demokratischer
441 Gestaltung wirtschaftlicher Prozesse beantwortet werden. Wir setzen uns dafür ein, die
442 Politik der Europäischen Union an diesen Zielen auszurichten.

443 Mit einer gezielten Struktur-, Wirtschafts- und Arbeitspolitik und der Sicherung lebenswerter
444 Rahmenbedingungen besonders für junge Menschen wollen wir die Abwanderung aus
445 Ostdeutschland stoppen, dort eine eigenständige und selbsttragende Entwicklung
446 ermöglichen und zu einem sozialökologischen Umbau der Bundesrepublik beitragen.
447 Landesentwicklungskonzepte, eine starke Regionalpolitik, eine auf regionale Bedürfnisse und
448 Entwicklungspotenziale zugeschnittene Förderpolitik und die engere Kooperation von
449 Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmensnetzen sollen die Abkopplung
450 strukturschwacher Regionen verhindern. Die nach wie vor existierenden großen
451 Lohnunterschiede zwischen Ost und West sind durch nichts zu rechtfertigen. Um die Einheit
452 zu verwirklichen, müssen nicht zuletzt ostdeutsche Biographien und Lebensentwürfe ebenso
453 wie westdeutsche respektiert und wert geschätzt werden

454 **Solidarische Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und** 455 **Umweltzerstörung**

456 Der sozialökologische Umbau des 21. Jahrhunderts wird nur global und solidarisch gelingen.
457 Allein die Abwendung einer Klimakatastrophe erfordert nach Expertenschätzungen jährlich
458 rund 100 Milliarden Unterstützungsleistungen des Nordens für den Süden – zusätzlich zu der
459 längst überfälligen Bereitstellung von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der reichen
460 Länder für die Entwicklungshilfe. DIE LINKE fordert, dass die Bundesrepublik und die
461 Europäische Union ihren finanziellen und technischen Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur
462 Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern sowie zu dessen Begrenzung
463 ohne jede Vorbedingungen in der notwendigen Höhe leisten. Umwelttechnologien sollen
464 Entwicklungsländern unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Wir wenden uns strikt
465 gegen jede Verlagerung energie- und ressourcenaufwändiger Produktion aus dem Norden in
466 den Süden.

467 Entwicklungspolitik muss die Süd-Süd-Beziehungen sowie regionale Märkte und die
468 kleinbäuerliche Produktion stärken, die Verarbeitung der Rohstoffe in den
469 Entwicklungsländern fördern, für faire Preise auf den Weltmärkten sorgen,
470 Geschlechtergerechtigkeit als entwicklungspolitischen Schwerpunkt begünstigen und die
471 Bildung von Mädchen und Frauen fördern. Durch die Regulierung der Finanzmärkte und den
472 Aufbau regionaler Reserven soll die Spekulation mit Nahrungsgütern unterbunden werden.
473 Importe von Agrarrohstoffen zur Biospritertezeugung müssen ausgeschlossen werden. Wir sind
474 gegen die Subvention von Exporten in die Entwicklungsländer und treten dafür ein, sie bei
475 der Sicherstellung ihrer Ernährungssouveränität zu unterstützen. Energiepartnerschaften der
476 EU mit Ländern im globalen Süden sollten im Interesse eines gemeinsamen Einstiegs in die

477 Energiewende gestaltet werden. Vorhaben, die die Überwindung von Armut,
478 Unterentwicklung und Umweltzerstörung erschweren, müssen gestoppt werden.

479 **Eine grundlegende Veränderung der Verteilungsverhältnisse**

480 Die Bewältigung der Herausforderungen unseres Jahrhunderts erfordert eine radikale
481 Umgestaltung der Finanz- und Verteilungsverhältnisse. Die Vermögensbesitzer waren die
482 großen Gewinner der neoliberalen Umverteilung. DIE LINKE erkennt die Rechtmäßigkeit
483 dieser Vermögenszuwächse nicht an und wendet sich dagegen, dass die Kosten der Krisen
484 vor allem durch die Lohnabhängigen, die Arbeitslosen und die Rentnerinnen und Rentner
485 oder durch zukünftige Generationen bezahlt werden. Eine grundlegende Umverteilung von
486 oben nach unten, eine wesentlich stärkere Beteiligung privater Vermögensbesitzer an der
487 Finanzierung öffentlicher Aufgaben ist notwendig.

488 DIE LINKE setzt sich ein für eine Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der
489 Einkommenssteuer auf 53 Prozent, für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als
490 Millionärssteuer von fünf Prozent auf Privatvermögen von über eine Million Euro, für höhere
491 Erbschaftssteuern auf große Privatvermögen, für die Rücknahme der Senkung der
492 Körperschaftsteuer und die Verbreiterung ihrer Bemessungsgrundlage, für die Einführung
493 einer Börsenumsatzsteuer, für die Schließung von Steuerschlupflöchern, die Austrocknung
494 von Steueroasen sowie die Abschaffung des Ehegattensplittings. Für Luxusgüter und
495 besonders umweltschädliche Produkte soll ein deutlich erhöhter Umsatzsteuersatz gezahlt
496 werden. Für die unteren und mittleren Gruppen wollen wir den Steuerfreibetrag erhöhen und
497 eine vom benutzten Verkehrsmittel unabhängige Kilometerpauschale für den Weg zur Arbeit
498 einführen – auch für Niedrigverdienerinnen und -verdiener, die keine Steuern zahlen. DIE
499 LINKE will den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent auf Produkte und
500 Dienstleistungen für Kinder, apothekenpflichtige Arzneimittel und arbeitsintensive
501 Dienstleistungen des Handwerks ausweiten. Steuerpolitik soll auf diese Weise sozial wie
502 ökologisch wirken.

503 Abschied von der Wegwerfgesellschaft, drastische Kürzung der Militärausgaben, Abkehr bzw.
504 Besteuerung von Spekulation, Reduzierung der völlig übersteigerten Werbeaufwendungen,
505 bessere Gesundheitsvorsorge, Beseitigung sozialer Ursachen von Krankheiten und
506 Zurückdrängung von Wirtschaftskriminalität sowie von mafiosen Strukturen sind weitgehend
507 unerschlossene Reserven, um den sozialökologischen Strukturwandel, soziale Gerechtigkeit
508 und globale Solidarität zu finanzieren.

509 **3. Wie wollen wir leben? Für eine neue Solidarität der Freiheit und** 510 **sozialen Sicherheit**

511 Jeder Mensch hat das Recht, ein selbstbestimmtes Leben in Würde führen zu können, frei
512 von Armut, Diskriminierung und Ausgrenzung. Wir streben eine Gesellschaft an, in der
513 Freiheit und Solidarität Hand in Hand gehen. Soziale Sicherheit ist die Grundlage für
514 individuelle Entfaltung.

515 Dem privaten Luxus der wenigen stellen wir den öffentlichen Reichtum aller gegenüber. Nur
516 so kann eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands, von Arbeit und
517 Einkommen, von Zeit und Entwicklungsmöglichkeiten gesichert werden. Der Gegensatz von
518 Überfluss der einen und Elend der anderen muss endgültig der Vergangenheit angehören.

519 DIE LINKE setzt sich für die folgenden Projekte einer neuen Solidarität ein: ●
520 Selbstbestimmtes Leben und gute Arbeit, ● solidarische Erneuerung des Sozialstaats, ●
521 wirksame Gleichstellung, ● Freiheit vor Stigmatisierung und Diskriminierung und ● Bildung
522 und Förderung für alle.

523 **Selbstbestimmtes Leben und gute Arbeit**

524 Erwerbsarbeit, Arbeit in der Familie, die Sorge um Kinder, Partner und Freunde, die Teilhabe
525 am kulturellen und politischen Leben und schließlich individuelle Weiterbildung und Muße
526 sind vier wesentliche Lebensbereiche. DIE LINKE will die Möglichkeit schaffen, dass
527 Menschen diese Lebensbereiche in selbstbestimmter Balance verbinden können, statt alle
528 Lebensbereiche entfremdeter Arbeit zu unterwerfen.

529 Durch eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für
530 Beschäftigte mit niedrigem und mittlerem Einkommen müssen diese Arbeiten und die
531 Chancen, das gesellschaftliche Leben mit zu gestalten, gleich verteilt sein - auch zwischen
532 den Geschlechtern. Den selbstbestimmten Wechsel und die freiwillige Kombination von
533 Erwerbsarbeit und Engagement in den verschiedenen Lebensbereichen wollen wir durch eine
534 bedarfsorientierte, existenzsichernde Grundsicherung ermöglichen. Wir wollen die öffentlich
535 geförderte Beschäftigung zu einem Dritten Sektor zwischen Markt und Staat ausbauen, um
536 Erwerbsarbeit im sozialen und ökologischen Bereich zu erweitern, die bürgerschaftlich
537 organisiert ist und zu lebendigen Kommunen beiträgt.

538 Unser Ziel ist existenzsichernde Erwerbsarbeit für alle, die daran teilhaben wollen. Jeder
539 Mensch soll seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Wir wollen gut bezahlte,
540 sichere Arbeitsplätze und sozial und ökologisch sinnvolle Arbeit, in der Menschen sich frei
541 verwirklichen können. Deswegen kämpfen wir für einen armutsfesten gesetzlichen
542 Mindestlohn, für die Abschaffung von Hartz IV, von Leiharbeit und die Einschränkung von
543 befristeter Beschäftigung. Wir unterstützen die Gewerkschaften bei der Verteidigung und
544 Durchsetzung von Flächentarifverträgen und in ihrem Engagement gegen verschärften
545 Leistungs- und Termindruck.

546 **Die solidarische Erneuerung des Sozialstaats**

547 Der alte Sozialstaat diente der Absicherung gegen die Risiken einer kapitalistischen
548 Arbeitsgesellschaft. Anstelle seiner Zerstörung setzt sich DIE LINKE für einen demokratisch
549 und emanzipatorisch erneuerten Sozialstaat ein, der gesellschaftliche Solidarität und
550 individuelle Freiheit stärkt, alle Menschen ohne Diskriminierung und Abhängigkeit armutsfest
551 absichert. Deshalb streiten wir für den individuellen Rechtsanspruch eines jeden Menschen
552 auf eine repressionsfreie bedarfsorientierte Grundsicherung.

553 Mit der Einführung einer universellen Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege wollen
554 wir das Zwei-Klassen-System im Gesundheitsbereich überwinden, die Finanzierung auf eine
555 breitere Basis stellen und jedem Menschen einen optimalen Gesundheitsschutz
556 gewährleisten: Alle sollen von ihrem Einkommen einen prozentual gleichen Beitragssatz zur
557 Sozialversicherung zahlen. Dazu gehört die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen. Eine
558 bessere Prävention, der Ausbau von kooperativ und interdisziplinär arbeitenden
559 Gesundheitszentren und eine bessere Verzahnung ambulanter und stationärer Einrichtungen
560 sind notwendige Schritte zur Modernisierung des Gesundheitssystems. Wir wollen den
561 Einfluss der Pharmaindustrie zurückdrängen und die Mitbestimmungsmöglichkeiten von
562 Beschäftigten und Patienten erhöhen.

563 Eine Kindergrundsicherung soll die hohe Kinderarmut in Deutschland beenden. Jedes Kind
564 muss das Recht auf eine ganztägige, qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung in einer
565 Kindertagesstätte haben.

566 Unser Modell einer Grundsicherung bietet Schutz vor Altersarmut –unabhängig von den
567 Beitragsjahren. Sie soll von allen Bürgerinnen und Bürgern finanziert werden. Die gesetzliche
568 Rentenversicherung soll den Lebensstandard erhalten. DIE LINKE tritt dafür ein, die
569 Privatisierung der Altersvorsorge zu beenden. Erziehungszeiten sollen deutlich stärker in die
570 Berechnung der Rentenhöhe einfließen. Wir unterstützen ältere Menschen darin, sich
571 selbstbestimmt und aktiv in das gesellschaftliche Leben einzubringen, sich für Andere zu
572 engagieren und ihre eigenen Interessen zu vertreten. Neue Formen des Zusammenlebens

573 mehrerer Generationen wollen wir fördern. Wir streiten für die Angleichung der Rentenwerte
574 Ost und West.

575 **Wirksame Gleichstellung**

576 DIE LINKE streitet für gerechte Geschlechterverhältnisse. Die traditionelle und hierarchische
577 Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern muss überwunden werden. Das erfordert eine
578 Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit zu Gunsten von Frauen und der Familienarbeit
579 zu Gunsten von Männern. Wir wollen gleiches Einkommen für gleichwertige Arbeit.
580 Traditionelle „Frauenarbeiten“ müssen dafür höher bewertet werden. Die Gleichstellung der
581 Geschlechter im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft muss gesetzlich gesichert
582 werden, um für die gleiche Repräsentation von Frauen und Männern in den Führungsetagen
583 zu sorgen. Wir wollen alle Regelungen im Arbeits-, Steuer- und Sozialrecht abschaffen, die
584 die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern fördern und manifestieren.

585 Durch die Trennung von veralteten Rollenbildern eröffnen sich Räume für individuelle
586 Entfaltung und ein Miteinander der Geschlechter auf gleicher Augenhöhe. Wir wollen diesen
587 Prozess durch ein geschlechtersensibles Herangehen in allen Politikbereichen fördern.
588 Männer und Frauen sollen die Möglichkeit haben, sich gleichermaßen der Elternschaft zu
589 widmen, ohne auf eine eigene Erwerbstätigkeit verzichten zu müssen.

590 Die Forderung nach einer selbstbestimmten Schwangerschaft ist Teil unseres Anspruches auf
591 selbstbestimmte Sexualität. Wir treten daher auch weiterhin für die Streichung des § 218 ein.

592 **Freiheit vor Stigmatisierung und Diskriminierung**

593 DIE LINKE wendet sich gegen jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Alters, der
594 Religion, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung und Identität oder aufgrund
595 körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung.

596 Alle Barrieren – in Mobilität, in schulischer und beruflicher Bildung, im Beruf und in der
597 Kommunikation – wollen wir unter aktiver Einbeziehung der von Behinderung bedrohten
598 Menschen und ihrer Angehörigen gezielt abbauen und überwinden.

599 DIE LINKE will die Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Transgender-Personen mit
600 einer aktiven Antidiskriminierungspolitik bekämpfen. Wir streiten für die konsequente
601 Gleichstellung aller Lebensweisen.

602 DIE LINKE setzt sich für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander in Anerkennung der
603 Verschiedenheit aller Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft ein. Das erfordert vor
604 allem demokratische Mitbestimmung von Migrantinnen und Migranten in allen
605 gesellschaftlichen Entscheidungen. Die Förderung der sprachlichen Entwicklung und die
606 Förderung des Bildungserfolges sind dafür ein Schlüssel. Menschen, die länger in
607 Deutschland leben, sollen die vollen Bürgerrechte erhalten. Ethnische Minderheiten sollen
608 optimale Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstützung erhalten, um ihre Sprache,
609 Kultur und Identität pflegen zu können.

610 **Bildung und Förderung für alle**

611 Bildung ist Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Sie dient der
612 Selbstverwirklichung, der Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen und der
613 selbstbewussten Mitgestaltung der Gesellschaft.

614 Emanzipatorische Bildungspolitik orientiert sich am Ziel mündiger, kritischer und solidarischer
615 Persönlichkeiten. Wir wollen die kindliche Neugier und Kreativität beflügeln und
616 Bildungsmethoden an Eigenständigkeit und Motivation ausrichten. Das Bildungssystem muss
617 auf die Anforderungen moderner Informations-, Wissens- und Kulturgesellschaften
618 vorbereiten. Wir streiten für ein Bildungssystem, das von der Krippe bis zur Hochschule
619 gebührenfrei ist. Die Ausgaben für Bildung sollen auf 7 Prozent des Bruttosozialprodukts
620 erhöht werden.

621 Wir treten für einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung – unabhängig vom
622 Erwerbsstatus der Eltern – ein. Hohe Qualität der Bildung erfordert eine Hochschulausbildung
623 von Erzieherinnen und Erziehern und die Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse.

624 Längeres gemeinsames Lernen in einer Gemeinschaftsschule eröffnet allen Kindern die
625 Möglichkeit auf eine selbstbestimmte persönliche Entwicklung. Sie fördert das respektvolle
626 soziale Miteinander und demokratische Lernen. Die schleichende Privatisierung der
627 Bildungsangebote lehnen wir ab.

628 Jeder Jugendliche muss das Recht auf eine berufliche Ausbildung haben. Durch eine
629 Ausbildungsplatzabgabe wollen wir die Unternehmen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen
630 motivieren und die Lasten der Ausbildung gerechter verteilen. Mädchen und Jungen sollen in
631 ihrer Berufswahl gerade dort unterstützt werden, wo sie sich traditionellen Geschlechterrollen
632 entziehen. Wir treten für die Demokratisierung der Schulen und Hochschulen ein. Durch eine
633 viertelparitätische Besetzung der Hochschulgremien wollen wir den Einfluss von
634 Studierenden, Beschäftigten und akademischem Mittelbau erhöhen.

635 DIE LINKE hält eine Bildungsoffensive für notwendig. Wir wollen den Ausbau der
636 Hochschulkapazitäten, eine deutliche Steigerung des Anteils der Studierenden und die
637 Öffnung der Hochschulen für Menschen mit Berufserfahrung – auch ohne Abitur.

638 Die fortschreitende soziale Auslese der Studierenden lehnen wir ab und fordern ein
639 elternunabhängiges Bafög. Jeder Studierende soll das Recht auf ein Masterstudium erhalten.
640 Wir wollen Freiräume für kritische Wissenschaft zurückerobern. Ein Hochschulstudium soll
641 auf die individuelle Berufstätigkeit vorbereiten und die Fähigkeit kritischen Denkens
642 entwickeln.

643 Lebenslangem Lernen kommt eine immer größere Bedeutung zu. Jeder Mensch muss ein
644 Recht auf öffentlich finanzierte Angebote haben. Bildung darf nirgendwo auf wirtschaftliche
645 Verwertbarkeit reduziert werden. Sie soll Mündigkeit und Selbständigkeit in einer immer
646 schnelllebigeren Welt ermöglichen.

647 Emanzipation ist nur möglich auf der Basis einer Kulturgesellschaft. Deshalb treten wir für
648 die Förderung der Vielfalt der Träger kultureller Produktion ein, von öffentlichen und
649 gemeinnützigen Institutionen, unabhängigen Verlagen, Studios, Agenturen und
650 künstlerischen Produktionsfirmen. Der kooperative Kulturföderalismus mit europäischer
651 Dimension hat lebenswerte Kommunen zum Ausgangspunkt, die in der Lage sind, das
652 regionale Kulturleben in allen sozialen Milieus zu fördern und Freiräume für die kulturelle
653 Selbstbestimmung aller Altersgruppen zu gewährleisten. Wir wollen den öffentlich-rechtlichen
654 Rundfunk sichern und die Pressefreiheit in den Redaktionen der Medienkonzerne stärken.
655 Eine deutliche Verschärfung der Kartellgesetzgebung soll die Monopolisierung der
656 Massenmedien beenden. Die Rechte der Urheberinnen und Urheber gegenüber den
657 Verwertungsunternehmen wollen wir ausbauen und zugleich einen Ausgleich finden, damit
658 die nichtkommerzielle Nutzung möglichst wenig eingeschränkt wird.

659 **4. Wie schaffen wir Frieden? Für kollektive und gegenseitige** 660 **Sicherheit durch gemeinsame Entwicklung**

661 Imperiale Kriege und militärische Konflikte erwachsen aus Kämpfen um geopolitische Macht,
662 um ökonomische, politische und kulturelle Vorherrschaft, um Profite und Märkte. Sie
663 entspringen aus Armut und Unterdrückung, aus dem Zerfall von Staaten, dem Klimawandel,
664 ethnischen und religiösen Konflikten, aus der Verknappung und ungerechten Aneignung von
665 Naturressourcen, aus Fundamentalismus und Terrorismus,

666 Die Herrschenden in den USA und ihre Verbündeten nutzen ihr politisches, ökonomisches
667 und militärisches Übergewicht, um ihre Machtinteressen global durchzusetzen.
668 Imperialistische Politik stützt sich vor allem auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung

669 vieler Länder. Unter Missachtung der Charta der Vereinten Nationen wird immer häufiger
670 Gewalt eingesetzt. DIE LINKE gründet ihre internationalistische Politik auf vier Prinzipien: •
671 Frieden durch kollektive und gegenseitige Sicherheit, Abrüstung und strukturelle
672 Nichtangriffsfähigkeit, • solidarische Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung, • Einsatz für
673 eine soziale, demokratische und friedliche Europäische Union und • Reform und Stärkung
674 der UNO.

675 **Frieden durch kollektive und gegenseitige Sicherheit, Abrüstung und strukturelle** 676 **Nichtangriffsfähigkeit**

677 Die LINKE kämpft gegen jede Form von Krieg. Sie steht für ein solidarisches Miteinander der
678 Völker und Staaten, für friedliche präventive Konfliktbearbeitung und für zivile
679 Konfliktlösungen. Das verlangt einen entschieden größeren Beitrag Deutschlands zur
680 Überwindung der Armut in großen Regionen der Erde, zu humanitärer Hilfe und zur
681 Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegsregionen. Die NATO muss durch ein
682 gesamteuropäisches System kollektiver und gegenseitiger Sicherheit ersetzt werden. Wir
683 fordern die Einhaltung des in der UN-Charta verankerten Gebots des Gewaltverzichts und die
684 Auflösung aller Militärbasen auf fremden Territorien.

685 Der globalen Welle der Aufrüstung und der Entwicklung immer neuer Offensivwaffen stellen
686 wir ein Programm der Abrüstung, des Verbots von Massenvernichtungswaffen, der
687 Rüstungskontrolle, des strikten Verbots von Waffenexporten in Krisengebiete und des
688 Umbaus der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotentiale entgegen. Die EU und
689 Deutschland müssen auf alle Atomwaffenoptionen grundsätzlich verzichten. Es ist dringend
690 geboten, alle in Deutschland stationierten Atomwaffen abzuziehen.

691 **Solidarische Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung**

692 Krieg führt zu Massenmord, Unterdrückung und menschlichem Elend. Er sät neuen Hass.
693 Dagegen bedingen Frieden und solidarische Entwicklung einander. Schuldenerlass, schnelle
694 Steigerung der Entwicklungshilfe, Unterstützung beim Aufbau leistungsfähiger öffentlicher
695 Angebote für Bildung, Gesundheit und Daseinsvorsorge sowie bei der Schaffung
696 rechtsstaatlicher demokratischer Strukturen stärkt jene Länder nachhaltig, die von
697 Unterentwicklung, Staatszerfall und Bürgerkrieg besonders betroffen sind. Eine solidarische
698 Weltwirtschaftsordnung ermöglicht Entwicklungsperspektiven für die ärmeren Länder, soziale
699 und ökologische Gestaltung und demokratische Kontrolle. Dafür müssen Direktinvestitionen
700 transnationaler Konzerne sozialen und ökologischen Standards folgen, die strengen
701 Kontrollen unterworfen werden. Sie dürfen die Souveränität der Staaten nicht
702 beeinträchtigen und die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht berühren. Wir
703 fordern eine grundlegende Demokratisierung aller internationalen Institutionen.

704 **Einsatz für eine soziale, demokratische und friedliche Europäische Union**

705 Die Europäische Union ist unverzichtbares politisches Handlungsfeld für die Sicherung des
706 Friedens in Europa, für die Bewältigung der globalen Wirtschaftskrise, für die Wahrung der
707 Interessen der Beschäftigten, für den sozialökologischen Umbau des europäischen
708 Binnenmarktes und für die Lösung der globalen Herausforderungen.

709 DIE LINKE kämpft gegen die Nutzung der Europäischen Union als ein Instrument der
710 Standortkonkurrenz, neoliberalen Sozialabbaus und imperialer Politik. Wir unterstützen eine
711 engere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten bei der progressiven Lösung ihrer Probleme.
712 DIE LINKE tritt für Demokratisierung, Abrüstung und Gewährleistung des Sozialstaatsprinzips
713 der EU ein. Sie drängt auf europaweit hohe soziale und die Umwelt bewahrende
714 Mindeststandards.

715 Wir fordern eine europäische koordinierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sozialer und

716 ökologischer Nachhaltigkeit, Vollbeschäftigung sowie der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die
717 Europäische Zentralbank muss diesen Zielen verpflichtet werden. Die menschenfeindliche
718 Abschottungspolitik ist zu beenden. Die Europäische Union wollen wir als Friedensunion
719 gestalten, die eine friedliche Außen- und Sicherheitspolitik betreibt und das Gewaltverbot in
720 der UN-Charta einhält.

721 **Reform und Stärkung der UNO**

722 DIE LINKE will, dass das Völkerrecht konsequent durchgesetzt wird. Kriegseinsätze sind
723 Verstöße gegen Recht und Gründungsidee der UNO. Der UNO-Vollversammlung sind mehr
724 Rechte einzuräumen. Eine aktivere Rolle sollte die UNO bei der Reform der
725 Weltwirtschaftsordnung spielen. Wir setzen uns für entwicklungspolitisch sinnvolle Ziele im
726 Rahmen einer ökologisch nachhaltigen und sozial, politisch und wirtschaftlich gerechten
727 Weltwirtschaftspolitik ein. Die UNO muss sich zu einer globalen Instanz der Bewältigung
728 überlebenswichtiger Fragen der Menschheit wie Ernährung, Klimawandel, Wasser- und
729 Energieversorgung entwickeln.

730 **IV. Strategische Aufgaben**

731 Das strategische Ziel der Partei DIE LINKE ist die Veränderung der gesellschaftlichen und
732 politischen Kräfteverhältnisse, um durch eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft eine
733 linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen. Wir streben
734 eine Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse an. Zur Erreichung dieses Ziels •
735 wirken wir für breite gesellschaftliche Bündnisse, • setzen uns mit der neoliberalen
736 Hegemonie auseinander, • arbeiten in Parlamenten, Volksvertretungen und Regierungen, •
737 prägen einen neuen Stil der Politik, • stärken die europäische und internationale
738 Zusammenarbeit und • entwickeln eine Partei, in der Demokratie und Solidarität gelebt wird.

739 **Linke Bündnisse**

740 Wir treten für ein breites Bündnis des politischen Richtungswechsels ein. Es soll sowohl
741 Lohnabhängige und sozial Benachteiligte wie libertär und humanitär orientierte Milieus und
742 bedrohte Mittelschichten ansprechen. Wir gehen von den gemeinsamen Interessen abhängig
743 Arbeitender, Erwerbsloser und diskriminierter Menschen in Deutschland sowie im
744 europäischen und internationalen Maßstab und ihren konkreten Problemen aus. Wir wollen
745 ein Bündnis von Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen
746 Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Vertretern aus Wissenschaft und Kultur und
747 der parteipolitischen Linken entwickeln. Wir unterstützen Zusammenschlüsse gegen
748 Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit und wollen mit allen
749 zusammenwirken, die sich für soziale Gerechtigkeit, Emanzipation und mehr Demokratie,
750 Frieden und Erhaltung der Natur einsetzen. Ausgehend von ihrer Funktion als linker Partei
751 bringt DIE LINKE ihre eigenen Kompetenzen in diese Bündnisse ein und unterstützt sie mit
752 ihren Ressourcen.

753 Als Partei greifen wir die Anliegen und Aktivitäten unserer politischen Partner auf und
754 nehmen unsere eigenen Funktionen wahr. Wir bestärken unsere Mitglieder, in
755 Gewerkschaften, sozialen Organisationen, Initiativen, Projekten und globalisierungskritischen
756 Bewegungen aktiv mitzuwirken.

757 Wir werden gemeinsam mit anderen linken Kräften an zentralen alternativen Projekten des
758 Einstiegs in eine andere Entwicklungsrichtung gesellschaftlicher Entwicklung arbeiten und sie
759 mit Nachdruck vertreten. Solche Projekte erwachsen aus den sozialen und politischen
760 Auseinandersetzungen der Gegenwart und müssen in öffentlichen Diskussionen und in
761 Aktionen unterschiedlichster Kräfte entwickelt werden. Die Verbindung von demokratischem
762 und sozialem Protest, die politische Mitgestaltung in der Gegenwart und die Entwicklung von

763 langfristigen Reformalternativen verstehen wir als strategische Herausforderung.

764 **Auseinandersetzung mit der neoliberalen Hegemonie**

765 DIE LINKE setzt der neoliberalen Ideologie alternative Positionen eines anderen
766 Entwicklungsweges entgegen. Diese wollen wir mit den Erfahrungen und Konflikten in den
767 Betrieben, den Kommunen und im Alltagsleben verknüpfen und in der öffentlichen
768 Auseinandersetzung wirksam und offensiv vortragen. Die Zuspitzung der wirtschaftlichen und
769 sozialen Probleme verstehen wir vor allem als Ergebnisse neoliberal geprägter Antworten auf
770 die neuen Herausforderungen unter dem Einfluss von Kapitalinteressen sowie als Ausdruck
771 von Krisenprozessen und Widersprüchen, die aus Profitdominanz, patriarchalen
772 Geschlechterverhältnissen, einer naturzerstörenden Produktions- und Lebensweise sowie
773 einem an Gewalt orientierten Sicherheitsdenken erwachsen. Es geht um kritische
774 Auseinandersetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, um breit angelegte Bildungsarbeit,
775 um das Engagement in Netzwerken und die Beteiligung an wissenschaftlichen und
776 publizistischen Diskussionen.

777 **Arbeit in den Parlamenten, Volksvertretungen und Regierungen**

778 Parlamentarische und außerparlamentarische politische Arbeit sind für DIE LINKE
779 untrennbar. In Wahlen und politischen Kämpfen vertreten wir unsere alternativen
780 Reformprojekte und wollen Mehrheiten für ihre Durchsetzung gewinnen. Die
781 parlamentarische Arbeit gestalten wir so, dass sie der Zusammenarbeit mit
782 außerparlamentarischen linken Kräften, der öffentlichen Darstellung eigener
783 Reformvorschläge und dem Einbringen alternativer Gesetze, der Transparenz politischer
784 Prozesse, der Untersuchung des Missbrauchs politischer Macht und damit letztlich der
785 Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politischer Mehrheiten dient.

786 Parlamentarische Opposition als auch das Wirken in Regierungen sind für DIE LINKE Mittel
787 politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung. Der Kampf für die Verbesserung der
788 Lage von Benachteiligten, die Entwicklung und Durchsetzung linker Projekte und
789 Reformvorhaben, die Veränderung der Kräfteverhältnisse und die Einleitung eines
790 Politikwechsels sind der Maßstab für den Erfolg unseres politischen Handelns.
791 Parlamentarische Bündnisse mit anderen politischen Kräften gehen wir dann ein, wenn dies
792 den von uns angestrebten Richtungswechsel in Politik und Gesellschaft fördert.

793 **Ein neuer Politikstil**

794 DIE LINKE steht für einen neuen Politikstil der Transparenz, des gesellschaftlichen Dialogs
795 und der direkten Bürgerbeteiligung. Sie ist immer nur so stark, wie sie in der Gesellschaft
796 verankert ist und gesellschaftliche Unterstützung erfährt. Linke Politik in Parlamenten
797 braucht treibende Kritik, öffentlichen Druck und außerparlamentarische Mobilisierung. Den
798 unterschiedlichen Möglichkeiten politischen Wirkens auf kommunaler, Landes-, Bundes- und
799 europäischer Ebene tragen wir in unserer Politik Rechnung. Berufspolitikerinnen und
800 Berufspolitiker arbeiten eng mit den ehrenamtlich für DIE LINKE aktiven Kräften zusammen.
801 Alle Landtags- und Bundestagsabgeordnete sind verpflichtet, Angaben über Herkunft und
802 Höhe ihrer Einkünfte zu veröffentlichen. Unsere Partei nimmt keine Spenden von Konzernen
803 und Banken entgegen.

804 **Europäische und internationale Zusammenarbeit**

805 Die Partei der Europäischen Linken ist ein wichtiger Faktor im politischen Leben Europas.
806 Ebenso wie unsere Partei in Deutschland ist sie ein Schritt der Vereinigung der Linken und
807 kann die Kräfteverhältnisse in Richtung eines sozialen, demokratischen und friedlichen
808 Europa verschieben. Wir setzen uns für den intensivierten Erfahrungsaustausch, die enge
809 Zusammenarbeit und einen wirksamen politischen Kampf linker Kräfte in Europa und

810 weltweit ein.

811 **Eine gelebte innerparteiliche Demokratie und Solidarität**

812 DIE LINKE versteht sich als lernende Partei. Sie will gemeinsam mit den Bürgerinnen und
813 Bürgern Politik gestalten. Wir wissen, dass wir unsere Vorstellungen einer besseren
814 Gesellschaft weder allein noch gegen gesellschaftliche Mehrheiten umsetzen können. Wir
815 wollen durch das bessere Argument – öffentlich, transparent, kulturvoll und demokratisch –
816 streiten, Konzepte aus der Gesellschaft aufgreifen, eigene entwickeln und breite
817 gesellschaftliche Schichten erreichen und Mehrheiten gewinnen. Die Potenziale der LINKEN
818 liegen in den Fähigkeiten ihrer Mitglieder, ihrer gesellschaftlichen Verankerung und
819 Lebenserfahrung.

820 Politische Beteiligung und Interesse entstehen durch selbstbestimmtes und
821 gleichberechtigtes Handeln und demokratische Mitbestimmung bei der Gestaltung und
822 Entwicklung gesellschaftlicher Prozesse. Diese Vision wollen wir auch in der eigenen Partei
823 leben. DIE LINKE entwickelt ihre Politik im engen Zusammenwirken von gewählten
824 Führungsgremien und Mitgliedern in basisdemokratischer Verankerung. Pluralismus und
825 Transparenz sind tragende Säulen unserer Partei. Grundsatzbeschlüsse über Programmatik
826 und Strategie werden durch Mitgliederentscheid gefällt.

827 **V. Für eine neue Solidarität – Sozialismus im 21. Jahrhundert**

828 Über mehr als zwei Jahrhunderte war es möglich, innerhalb des Kapitalismus Fortschritte der
829 Emanzipation zu erzielen. In harten Kämpfen konnten sozialstaatliche, demokratische und
830 zivile Errungenschaften durchgesetzt werden. Mit der Wende zum 21. Jahrhundert aber wird
831 deutlich: Die zwiespältige Koexistenz von Kapitalismus und emanzipatorischem Fortschritt ist
832 an ihre Grenzen gekommen.

833 Die Profitdominanz basiert auf unbegrenztem Wachstum, Ausdehnung von Lohnarbeit,
834 Naturausbeutung und verschärfter Ressourcenkonkurrenz. Sie braucht eine imperiale
835 militärische Absicherung. Die menschliche Zivilisation aber kann heute nur noch erhalten
836 werden, wenn durch umfassende Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu
837 solidarischer Entwicklung, zu schonendem Umgang mit der Natur, zu Kulturgesellschaft und
838 friedlicher Kooperation übergegangen wird. Die Linke kämpft für diese gesellschaftliche
839 Transformation.

840 Demokratischer Sozialismus orientiert sich an den Werten der Freiheit, Gleichheit, Solidarität,
841 an Frieden und sozialökologischer Nachhaltigkeit. Freiheit ohne Gleichheit führt zu
842 Ausbeutung; Gleichheit ohne Freiheit mündet in Unterdrückung. Solidarität ist die Wurzel von
843 Freiheit und Gleichheit. Diese Werte bestimmen auch die Mittel auf dem Weg zu einer
844 demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. Demokratischer Sozialismus fördert die Entfaltung
845 der Entwicklungspotenziale unserer Gesellschaft und zielt auf große Brüche mit den
846 herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnissen. Er verbindet Protest und
847 Widerstand, gestaltende Reformen und Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus.

848 Unser Ziel ist eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft. Selbstbestimmung und
849 solidarischer Beitrag zur Entwicklung aller und ein verantwortungsvolles Verhältnis zur Natur
850 stehen im Zentrum. Der gleiche Zugang jedes Menschen zu den Bedingungen eines freien
851 Lebens ist der Kern einer gerechten Gesellschaft. Gemeinschaftlich soll über die Macht- und
852 Eigentumsstrukturen entschieden werden. Die Nutzung des Eigentums im Interesse der
853 Allgemeinheit und die Demokratisierung aller Lebensbereiche gehören zusammen. Die
854 heutige Wachstumsgesellschaft soll durch eine Gesellschaft nachhaltiger sozialökologischer
855 Entwicklung abgelöst werden. Wir treten für die Einheit von Rechts- und Sozialstaat ein und
856 kämpfen für eine weltweite Ordnung des Friedens, der Solidarität und der Gerechtigkeit. DIE

857 LINKE wird für diesen Sozialismus des 21. Jahrhunderts wirken.